

## **Nach der Hetzjagd auf acht Inder während eines Stadtfestes in Mügeln kritisiert der Verein "Bürger.Courage" in Sachsen eine "Strategie des Verschweigens".**

MÜGELN. Gestern Mittag wurde das Festzelt auf dem Marktplatz abgebaut. Genau dort kam es während des Stadtfestes am Wochenende zu einer Rangelei. Danach hetzten fast 50 Jugendliche acht Inder durch die sächsische Kleinstadt. Die Pizzeria Picobello, in die sie geflüchtet waren, ist demoliert worden. Zwölf Menschen wurden verletzt. Kein Bürger der rund 5000 Einwohner zählenden Stadt soll den Verfolgten geholfen haben.

Dass bei dem gewaltsamen Vorfall auch ausländerfeindliche Parolen gerufen wurden, bestätigte gestern Ilka Peter, Sprecherin der Polizeidirektion Westsachsen. Gleichwohl wurde die Tat zunächst nicht als rechtsextrem motiviert eingeordnet. Ermittelt werde in alle Richtungen, in erster Linie wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung und Sachbeschädigung, hieß es. Bisher gab es zwei Festnahmen. Die beiden 21 und 23 Jahre alten deutschen Tatverdächtigen sind inzwischen aber wieder auf freiem Fuß. Die Polizei, die ihre Ermittlungsgruppe gestern auf 15 Beamte aufstockte, sucht nach weiteren Zeugen.

Bürgermeister Gotthard Deuser (FDP) relativierte gestern seine Angaben, nach denen es bereits im Vorfeld des Festes Andeutungen auf den Überfall gegeben haben soll: "Bei uns gibt es keine rechtsextreme Szene." Das Landratsamt in Torgau wollte sich indes nicht äußern. "Auf der Grundlage von Spekulationen werden wir uns keine Gedanken machen, sagte ein Sprecher von Landrat Robert Schöpp (CDU) dieser Zeitung.

Der Dresdener Verein "Bürger.Courage" sieht darin eine Verharmlosung des Vorfalls und kritisiert eine "Strategie des Verschweigens" von rechtsextremen Tendenzen in Sachsen. Wenn bei der Hetzjagd Parolen wie "Hier marschiert der nationale Widerstand" gerufen werden, sagte Vereinsvorsitzender Christian Demuth im Gespräch mit dieser Zeitung, dann sei dies ein sehr deutlicher Hinweis auf eine rechtsextreme Kameradschaft. Nun müsse die sächsische Landesregierung Klartext reden und durch symbolische Unterstützung das zivilgesellschaftliche Engagement stärken. "Das Problem des Rechtsextremismus ist eine Zukunftsfrage", sagte Demuth.

Der Verein fordert darum die schnelle Gründung eines Landespräventionsrates. Dieser Rat soll Initiativen und Programme gegen den Rechtsextremismus zukünftig besser vernetzen.